

Abwägung im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB (Auslegung vom 19.11.2024 bis zum 20.12.2024) ist eine private Stellungnahme mit Anregungen/Bedenken vorgebracht worden.

Stellungnahme nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
1. Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR: Schreiben vom 12.12.2024	
<p>Geplant ist eine Flächensolaranlage. Die Erzeugung von Elektroenergie aus erneuerbaren Energiequellen wird von uns unterstützt. Die Errichtung von Solaranlagen sollte vorwiegend auf Dachflächen und in bereits versiegelten Bereichen erfolgen. Bei der Nutzung von Ackerflächen sind geeignete Areale auszuwählen. Das Plangebiet wird derzeit ackerbaulich genutzt.</p> <p>Das Vorhaben stellt einen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Dafür sind entsprechende Kompensationsmaßnahmen erforderlich. Da das Plangebiet von Kiefernwald umgeben ist, bieten sich die Randbereiche als Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur, Landschaft und Boden an. Dadurch wird eine Verschattung der Solarmodule vermieden.</p> <p>Am Wegesrand gibt es nach dem BbgNatSchAG geschützte Lesesteinhaufen. Es wird angeregt, weitere Biotope dieser Art anzulegen.</p> <p>Mit einer Größe von 55 ha (davon 44 ha für Solarmodule) ist aus unserer Sicht eine gerade noch vertretbare Größenordnung vorgesehen. Problematisch ist aus unserer Sicht, dass in den Freiraumverbund eingegriffen wird.</p> <p>Der Weg im Plangebiet muss erhalten bleiben. Entlang des Weges sind niedrige Gehölzpflanzungen vorzusehen. Am Weg gibt es einzelne Altkiefern, die unbedingt erhalten bleiben müssen. Da das Gebiet von Waldflächen umgeben ist, ist die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes vertretbar.</p> <p>Die Planungsabsicht, auch unter den Modulen <i>extensiv genutztes arten- und blühreiches Grünland oder Trockenrasen</i> zu entwickeln (Begründung/S. 12), wird grundsätzlich begrüßt. Allerdings zeigen bisherige Erfahrungen, daß sich unter den Modulen nur einzelne Solitärpflanzen einiger weniger Arten entwickeln, die höheren ökologischen Ansprüchen kaum gerecht werden können.</p> <p>Der erwähnte (Begründung/S. 18) ...<i>zusätzliche Beitrag zum Mikroklima</i>“.</p>	<p>Die Stellungnahme des Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p> <p>Es wird hierzu eine entsprechende Eingriffsbilanzierung vorgenommen und im weiteren Verfahren vorgelegt. Auf dieser Basis wird auch eine entsprechende Kompensation erarbeitet.</p> <p>Da die Wege für die Bewirtschaftung des Waldes und im Falle eines Brandes für die Feuerwehr benötigt werden, ist die Anlage von Steinhäufen in diesen Bereichen nicht möglich. Grundsätzlich lassen sich solche Flächen aber innerhalb des Geltungsbereiches unterbringen, sodass dies berücksichtigt wird.</p> <p>Der durch das Plangebiet verlaufende Weg bleibt, wie im Vorhaben- und Erschließungsplan dargestellt, erhalten. Eine Beseitigung der 4-5 Altkiefern ist nicht vorgesehen.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es kann auf entsprechende Arten gesetzt werden. Unabhängig davon, kann auf jeden Fall eine ökologisch höhere Wertigkeit erreicht werden, als die bisher durch die intensive landwirtschaftliche Nutzung gegebene.</p>

Stellungnahme nach § 3 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>-im Gegensatz zur derzeitigen Ackernutzung- ist daher fraglich. Als Vermeidungsmaßnahme (V5) wird benannt, daß eine „fledermausfreundliche“ Beleuchtung gewählt werden soll. Hier stellt sich die Frage, wozu überhaupt eine Beleuchtung vonnöten ist und welche anderen nachtaktiven Arten (z.B. Fluginsekten) auf derartige Beleuchtungen reagieren.</p>	<p>Sollte bspw. eine anteilige Beleuchtung aus Sicherheitsgründen notwendig werden, ist diese entsprechend fledermausfreundlich zu wählen. Es ergibt sich hieraus keine Notwendigkeit/kein Zwang, dass eine solche Beleuchtung überhaupt vorgenommen wird. Zusätzlich sind die genannten Maßnahmen bisher vorläufig und können mit Vorliegen des finalen Artenschutzbeitrages angepasst werden. Im Bereich des Weges wird eine Beleuchtung vermutlich notwendig, da dieser auch von Anwohnern genutzt wird. So können Unfälle, aber auch Übergriffe vermieden werden.</p>
<p>Bei V1 bis V3 (Begründung/S. 46) ist von Gehölz- und Baumfällungen die Rede. Hier ist weder der Umfang klar noch wo diese Eingriffe zu erwarten sind, wo es sich doch um eine intensiv bewirtschaftete Ackerfläche handelt (ohne Gehölz-/Baumbestand?). Vorsorglich weisen wir darauf hin, daß Eingriffe in den angrenzenden Waldbestand abgelehnt werden.</p>	<p>Ein Eingriff in den Waldbestand und die anliegenden 4-5 Altkiefern ist nicht vorgesehen.</p>
<p>Flächen zur <i>Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern</i>.....sind lediglich im nördlichen Plangebietsbereich innerhalb eines schmalen Streifens vorgesehen (Begründung/S. 22). Dies halten wir zu gering. Wie bereits v.g. sollten auch den Waldflächen vorgelagerte Bereiche als SPE-Flächen entwickelt werden. Auch im südwestlichen Bereich bestehen Möglichkeiten von Kompensationspflanzungen, die zu einer höheren Strukturvielfalt beitragen können.</p>	<p>Hierbei handelt es sich um Anpflanzungen, um Sichtbeziehungen zu verhindern, bzw. den Eingriff in das Landschaftsbild zu minimieren. Zu allen anderen Richtungen ist bereits Gehölz als Sichtschutz vorhanden. Weitere Maßnahmen sind möglich.</p>
<p>In der vorliegenden Unterlage bleibt die Erwähnung/Nennung der Ackerzahlen aus. Letztere ist aber auch entscheidend, ob eine andere als die landwirtschaftliche Nutzung befürwortet werden kann. Die Inanspruchnahme wertvoller Ackerböden und die Herausnahme dieser Flächen aus der Idw. Nutzung wird kritisch gesehen.</p>	<p>Der gewichtete Durchschnittswert für das Plangebiet beträgt 21,96. Dabei werden anteilig auch höherwertige Flächen überplant (Anteil Ackerzahl >30 ca. 2%). Die Fläche ist Teil des Entwicklungskonzept Freiflächen-PV-Anlagen und stellt somit eine Gunstfläche dar. Zudem wurde die Bewirtschafterin der Flächen intensiv mit in die Planung eingebunden und es wurden nur Bereiche überplant, welche aus Sicht der Agrargenossenschaft dafür geeignet sind.</p>
<p>Ebenso unerwähnt bleibt, wie lange der Betrieb der Photovoltaikanlage vorgesehen ist und was nach Ablauf der Betriebszeit bzw. Nutzungsaufgabe mit dieser Fläche passiert, einschließlich der Aussage, wer für den Rückbau zuständig ist. Im weiteren Verfahren ist zu prüfen, ob hier eine aufgeständerte Solaranlage errichtet werden kann, bei der Ackerbau unter den Solarmodulen betrieben wird (Agri-PV). Wir bitten um weitere Beteiligung an der Planung und um Mitteilung des Abwägungsergebnisses.</p>	<p>Diese ist nicht Teil der Bauleitplanung, sondern des städtebaulichen Vertrages / Durchführungsvertrages. Dies ist keine Option und auch bei der geringen Bodenqualität (gewichtete durchschnittliche Ackerzahl = 21,96) nicht angebracht/verhältnismäßig.</p>

Mit Schreiben vom 19.11.2024 hat die Gemeinde Neuzelle/Möbiskrüge die Behörden und die sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB von der Planung unterrichtet und um Abgabe einer Stellungnahme bis zum 20.12.2024 gebeten.

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben weder Anregungen noch Bedenken vorgebracht:

lfd. Nr.	Behörde / sonstiger Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom
1.	Anschluss- und Genehmigungswesen - TAZV Oderaue	21.11.2024
2.	EWE Netz GmbH	24.11.2024
3.	Gubener Wasser- und Abwasserzweckverband	29.11.2024
4.	LELF, Referat B1 – Grundsatz, Planprüfung, Aufsicht vlf	04.12.2024
5.	50Hertz Transmission GmbH	09.12.2024
6.	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	11.12.2024
7.	Stadt Guben	18.12.2024

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben Anregungen vorgebracht:

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
1. Zentraldienst Polizei Brandenburg: Schreiben vom 20.11.2024	
<p>Zur Beplanung des o.g. Gebietes bestehen keine grundsätzlichen Einwände. Bei konkreten Bauvorhaben ist bei Notwendigkeit eine Kampfmittelfreiheitsbescheinigung beizubringen. Darüber entscheidet die für das Baugenehmigungsverfahren zuständige Behörde auf der Grundlage einer vom Kampfmittelbeseitigungsdienst erarbeiteten Kampfmittelverdachtsflächenkarte.</p> <p>Diese Einschätzung gilt auch für zukünftige Änderungen dieses Planes.</p> <p>Neuerungen bei der Verlegung von Medienträgern.</p> <p>Für die Verlegung von Medienträgern und die damit verbundenen erforderlichen Bodeneingriffe in Bestandstrassen in Kampfmittelverdachtsgebieten ist eine Freistellung von Anträgen auf Grundstücksüberprüfung möglich.</p> <p>Weitere Hinweise hierzu finden Sie unter nachfolgendem Link: https://polizei.brandenburg.de/seite/datenschutzerklaerung-fuer-kampfmittelfr/1295899 </p>	<p>Die Stellungnahme des Zentraldienst der Polizei Brandenburg wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Aufgrund der bisherigen intensiven landwirtschaftlichen Nutzung ist nicht von Kampfmitteln auszugehen. Es ist zusätzlich bereits ein Hinweis zum Umgang mit Kampfmittelfunden in den Unterlagen enthalten.</p>
2. Landesamt für Umwelt – Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2: Schreiben vom 25.11.2024	
Sachstand:	Die Stellungnahme des Landesamt für Umwelt – Abteilung Technischer

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 13 „Photovoltaikfreiflächenanlage Neuzelle / Möbiskrüge“ der Gemeinde Neuzelle sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage mit Nebenanlagen geschaffen werden. Dafür wird ein Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Photovoltaikfreiflächenanlage“ gemäß § 11 BauNVO festgesetzt.</p> <p>Das Plangebiet (ca. 55 ha) befindet sich zwischen den Ortslagen Kummro und Möbiskrüge. Direkt angrenzend befinden sich Flächen für Landwirtschaft und Flächen für Wald. Die nächstgelegenen Wohnbebauungen liegen südöstlich des Plangebietes in ca. 250 m Entfernung (Ortslage Kummro).</p> <p>Stellungnahme:</p> <p>Rechtsgrundlagen § 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) § 1 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>Die beabsichtigte Nutzung berührt unter Berücksichtigung des Standortes immissionsschutzrechtliche Belange. Nachfolgende Hinweise sind im weiteren Planverfahren zu berücksichtigen.</p> <p>Bei einer Photovoltaik-Freiflächenanlage handelt es sich aus immissionsschutzrechtlicher Sicht um eine nichtgenehmigungsbedürftige Anlage. Nach § 22 BImSchG muss der Betreiber solcher Anlagen diese so errichten und betreiben, dass nach dem Stand der Technik vermeidbare schädliche Umweltbeeinträchtigungen verhindert werden. Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes ist darauf zu achten, dass die von der PV-Anlage ausgehenden Licht-Emissionen und Geräuschemissionen nicht zu schädlichen Umwelteinwirkungen auf die Nachbarschaft führen.</p> <p>Blendwirkungen Zu den Auswirkungen durch Blendungen wird auf die Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014 verwiesen. Bei der Beurteilung sind Immissionsorte kritisch, wenn sie vorwie-</p>	<p>Umweltschutz 1 und 2 wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p> <p>Rechtsgrundlagen</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Aufgrund der umliegenden Waldstrukturen, ist nicht mit einer Blendwirkung zu rechnen. Zudem befinden sich neben einigen Wohnhäusern mit der Landesstraße 431 lediglich Richtung Norden eine größere Verkehrsachse. Da eine Ausrichtung nach Norden für die Module jedoch ineffizient ist (Ausrichtung erfolgt Richtung Süden) und zusätzlich auch hier Gehölzstrukturen vorliegen, kann eine Blendwirkung ausgeschlossen werden.</p> <p>Lediglich durch Transformatoren sind geringfügig Geräuschemissionen zu erwarten. Diese beschränken sich jedoch auf ein leises Summen und sind aufgrund der Abstände und umliegenden großflächigen Waldstrukturen ohnehin nicht weitläufig wahrnehmbar.</p> <p>Blendwirkungen Siehe oben.</p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>gend westlich oder östlich einer Photovoltaikanlage liegen und weniger als ca. 100 m von dieser entfernt sind. Danach befinden sich die nächstgelegenen Immissionsorte nicht im Einwirkungsbereich von Blendwirkungen.</p> <p>Hinweis Es wird darauf hingewiesen, dass die Blendwirkungen auf Kraftfahrer, Lokführer und Piloten nicht vom LfU beurteilt werden.</p> <p>Geräusche In der Bauleitplanung findet zur Berücksichtigung des Schallschutzes die DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“ Anwendung. Geräuschemissionen bei Photovoltaik-Freiflächenanlagen werden durch technische Anlagen wie z.B. Wechselrichterstationen und Transformatoren hervorgerufen. Je nach Entfernung dieser Anlagen zu den Immissionsorten, kann es zu Beeinträchtigungen durch Lärm kommen. Dies ist aufgrund der Lage des Plangebietes sowie der Abstände zu schutzbedürftigen Nutzungen nicht zu erwarten.</p> <p>Fazit Aus immissionsschutzfachlicher Sicht ergeben sich zum vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 13 „Photovoltaikfreiflächenanlage Neuzelle / Möbiskrüge“ der Gemeinde Neuzelle, Stand Vorentwurf, keine grundsätzlichen Bedenken. Die Anwendung besonderer technischer Verfahren oder detaillierter Untersuchungen im Hinblick auf die Schutzgüter Mensch und Klima/Luft sind nach gegenwärtigem Kenntnisstand im Rahmen der Umweltprüfung nicht erforderlich. Den Ausführungen im Umweltbericht, Kap. 2.b.4 und 2.b.8, zu den Auswirkungen auf die Schutzgüter Klima/Luft und Mensch kann gefolgt werden.</p>	<p>Hinweis Eine Blendwirkung auf Kraftfahrer und Lokführer kann aufgrund der bereits beschriebenen umliegenden Gehölzstrukturen ausgeschlossen werden. Dies wurde auch durch die Stellungnahme des Landesamt für Verkehr und Bauen bestätigt. Zusätzlich wurde die „Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg“ beteiligt und hat keine Betroffenheit geäußert.</p> <p>Geräusche Siehe oben.</p> <p>Fazit Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>
3. Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe: Schreiben vom 28.11.2024	
	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Stellungnahme Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung.</p> <p>1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können: Keine.</p> <p>2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands: Keine.</p> <p>3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:</p> <p>Geologie: Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden. Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG».</p> <p>Hinweise: Innerhalb des LBGR wird die Bearbeitung / Darstellung des TöB — Beteiligungsprozesses komplett digital abgebildet. Für eine effiziente, widerspruchsfreie und fristgerechte Bearbeitung des TöB — Prozesses im LBGR ist es dabei notwendig, das Datenaustauschformat XPlanung zur Unterstützung eines verlustfreien Austausches von Bauleitplänen, Raumordnungsplänen und Landschaftsplänen zwischen unterschiedlichen IT-Systemen zu nutzen. Dieses Format ist seit dem 5. Oktober 2017 vom IT-Planungsrat gemäß §12 des Gesetzes über die elektronische Verwaltung im Land Brandenburg (Brandenburgisches EGovernment-Gesetz - BbgEGovG) verbindlich als Austauschstandard im Planungsbereich festgelegt worden. Ergänzend besteht die Möglichkeit, die Planungsflächen bei Beteiligungsverfahren als GIS Standard shape EPSG — Code 25833 zu übersenden.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und beachtet.</p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Eine Übersendung einfacher pdf-Dokumente als Planungsgrundlage und Darstellung der Planungsflächen genügt diesen Ansprüchen nicht! Zur weiteren Generalisierung des TöB-Prozesses ist zukünftig bei Beteiligungen des LBGR, vorrangig das Bauleitplanungsportal des Landes Brandenburg und zwingend die E-Mail-Adresse lbgr@lbgr.brandenburg.de zu nutzen. Nur unter dieser E-Mail-Adresse ist ein ständiger Datenabruf im Vertretungs- oder Krankheitsfall etc. gewährleistet.</p> <p>Durch die zunehmende Anzahl von Beteiligungen des LBGR an Bauleitplanungsverfahren, ist eine fristgerechte Bearbeitung der TöB — Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 Satz 3 Baugesetzbuch (BauGB) i. V. m. der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach dem Baugesetzbuch im Land Brandenburg (TöB-Runderlass - TöB-RdErl) nur unter den Voraussetzungen einer digitalen Datenbereitstellung der Planungsflächen möglich.</p>	
4. Landesbetrieb Forst Brandenburg: Schreiben vom 28.11.2024	
<p>Sehr geehrte Damen und Herren, nach Prüfung der uns übergebenen Unterlagen zum vorhabenbezogenem Bebauungsplan Nr. 13 "Photovoltaikfreiflächenanlage Neuzelle / Möbiskrüge" der Gemeinde Neuzelle gibt das Forstamt Oder-Spree als zuständige untere Forstbehörde folgende Stellungnahme ab: Im Bereich des dargestellten „Sondergebiets Photovoltaikfreiflächenanlage“ ist kein Wald im Sinne von § 2 Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG) betroffen. Ein ausreichender Abstand zu den angrenzenden Waldflächen ist vorhanden. Es ist darauf zu achten, dass eventuelle Zufahrten zu den angrenzenden Waldflächen frei bleiben und somit eine Bewirtschaftung der Waldflächen ohne Probleme weiter möglich ist. Die untere Forstbehörde stimmt dem o.g. Bebauungsplan Nr. 13 "Photovoltaikfreiflächenanlage Neuzelle / Möbiskrüge" zu.</p> <p>Hinweise: Zum Sachverhalt von Photovoltaikanlagen im Wald Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) möchte im Interesse des Klima- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung (§ 1 EEG) ermöglichen und fördert deswegen unter anderem Solarfreiflächenanlagen auf Konversionsflächen. Eine Konversionsfläche liegt laut EEG 2009, § 32, Abs. 3 bzw. EEG 2004, § 11 Abs. 4 Nr. 2 nur dann vor,</p>	<p>Die Stellungnahme des Landesbetrieb wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dies wird entsprechend bei der konkreten Planung durch den Vorhabenträger berücksichtigt.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es ist keine FF-PV im Wald vorgesehen, somit werden auch keine Bäume entfernt. Die Planungen finden vollständig im Bereich intensiv genutzter landwirtschaftlicher Fläche statt. Es werden Abstände zum Wald eingehalten, sodass die Bewirtschaftung des Waldes ohne Einschränkungen erfolgen kann.</p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>wenn die Auswirkungen der vormaligen Nutzungsart noch fortwirken. Eine lange zurückliegende Nutzung, die keine Auswirkungen mehr auf den Zustand der Fläche hat, ist nicht ausreichend. Maßgeblich für die Beurteilung, ob eine Fortwirkung der ehemaligen wirtschaftlichen Nutzung vorliegt ist, ob die vormalige Nutzung den Charakter des Gebietes weiterhin prägt und eine anderweitige Nutzung nicht stattfindet.</p> <p>Ziel des Bundeswaldgesetzes (BWaldG) ist es auch, den Wald wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, die Agrar- und Infrastruktur und die Erholung der Bevölkerung (Schutz- und Erholungsfunktion) zu erhalten, erforderlichenfalls zu mehrern und seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern.</p> <p>Die Anwendung beider Gesetze führt zu einer Konkurrenz, die eine Abwägung beider Ziele notwendig macht. Bei der Abwägung ist dafür Sorge zu tragen, dass die Ziele beider Gesetze in sinnvollem Umfang Rechnung getragen wird, wobei dabei der Tatsache Rechnung getragen wird, dass es zu Photovoltaikanalgen im Wald Alternativen gibt, zu Wald hingegen nicht.</p> <p>Es gilt der Grundsatz des Walderhalts, das heißt keine Solaranlagen auf Waldflächen.</p> <p>Eine Genehmigung der unteren Forstbehörde zur Waldumwandlung gem. § 8 LWaldG wird nicht in Aussicht gestellt.</p> <p>Gemäß § 15 LWaldG ist das Betreten von Waldflächen jedermann gestattet. Weiterhin hat jeder sich so zu verhalten, dass die Lebensgemeinschaft Wald so wenig wie möglich beeinträchtigt, seine wirtschaftliche Nutzung nicht behindert, der Wald nicht gefährdet, geschädigt oder verschmutzt und die Erholung anderer nicht gestört werden. Die Erreichbarkeit der Waldflächen beinhaltet auch, dass die Waldflächen für den Waldbesitzer, die Forstbehörden und im Brandfall auch für die Feuerwehr und sonstige Rettungskräfte zugänglich sind. Sperren von Wald ist gemäß § 18 LWaldG jede Einzäunung, Beschilderung oder Errichtung sonstiger Hindernisse, die geeignet ist, das allgemeine Waldbetretungsrecht nach § 15 LWaldG einzuschränken oder zu erschweren.</p> <p>Während der Bauarbeiten darf die Waldfläche nicht befahren werden. Ablagerungen von nicht zum Wald gehörenden Stoffen und Gegenständen in Waldflächen sind während der Bauphase nicht gestattet.</p>	

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
5. Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum: Schreiben vom 02.12.2024	
<p>Im Bereich des oben genannten Vorhabens sind derzeit keine Bodendenkmale im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Bbg. 9, 215 ff) §§ 1 (1), 2 (1)-(2) registriert.</p>	<p>Die Stellungnahme des Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p>
<p>Ungeachtet dessen können im Zuge von Erdarbeiten aller Art noch nicht registrierte Bodendenkmale entdeckt werden. In diesen Fällen gilt BbgDSchG § 11, wonach entdeckte Bodendenkmale bzw. Funde (Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Knochen, Tonscherben, Metallgegenstände u. Ä.) unverzüglich der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum anzuzeigen sind. Entdeckungsstätte und die Funde sind bis zum Ablauf einer Woche unverändert zu erhalten, damit fachgerechte Untersuchungen und Bergungen vorgenommen werden können. Gemäß BbgDSchG § 11 (3) kann die Denkmalschutzbehörde diese Frist um bis zu 2 Monate verlängern, wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert. Besteht an der Bergung und Dokumentation des Fundes aufgrund seiner Bedeutung ein besonderes öffentliches Interesse, kann die Frist auf Verlangen der Denkmalfachbehörde um einen weiteren Monat verlängert werden. Die Denkmalfachbehörde ist berechtigt, den Fund zur wissenschaftlichen Bearbeitung in Besitz zu nehmen (BbgDSchG § 11 (4)). Die/der Veranlasser/in des Eingriffs in das Bodendenkmal hat die Kosten der fachgerechte Dokumentation im Rahmen des Zumutbaren zu tragen (BbgDSchG § 7 (3)).</p>	<p>Die Ausführungen sind bereits Teil der Unterlagen und als Hinweis Teil des Bebauungsplanes.</p>
<p>Aus Gründen der Planungssicherheit rund um eventuell auftretende Verzögerungen im Bauablauf zu vermeiden besteht für die/den Vorhabenträger/in die Möglichkeit, eine bauvorbereitende archäologische Prospektion im Vorhabenbereich durchführen zu lassen (vgl. Als Vorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die Denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien [VVEED] vom 20. Juli 2023, Amtsblatt 32 v. 16.08.2023). Hierbei handelt es sich um eine kostengünstige und schnell durchführbare Maßnahme. Was in einem Abstand von 25 Metern werden Bodenproben entnommen und nach kulturellen Hinterlassenschaften (Tonscherben, Knochen, Metallgegenstände u. Ä.) untersucht. Fällt das Ergebnis der Prospektion positiv aus, sind weitere bodendenkmalpflegerische Maßnahmen gem. BbgDSchG §§ 7 (3), 9 (3) und 11 (3) abzuleiten und i. d. R. bauvorbereitend durchzuführen. Fällt das Ergebnis der Prospektion nega-</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>tiv aus, kann im untersuchten Abschnitt auf weitergehende Schutz- und Dokumentationsmaßnahmen verzichtet werden.</p> <p>Die bauausführenden Firmen sind über die genannten Denkmalschutzbestimmungen zu unterrichten und zu ihrer Einhaltung zu verpflichten.</p> <p>Im Genehmigungsbescheid ist festzuhalten, das nach dem Rückbau der Solaranlage das Tiefpflügen oder sonstige intensive Bodeneingriffe im Rahmen des Rekultivierungsprozesses in ausgewiesenen Bodendenkmalflächen nicht erlaubt sind. Was sollten beim Rückbau der PV-Anlage Erdeingriffe im Bereich von Bon Denkmalen stattfinden, sind diese nach BbgDSchG § 9 genehmigungspflichtig.</p> <p>Das BLDAM Steht für eine Beratung mit dem/der Verfasser/in der Maßnahmen gern zur Verfügung und ist im weiteren Verfahren zum Bebauungsplan zu beteiligen: Dr. Julia Braungart, E-Mail: julia.braungart@bldam.brandenburg.de</p> <p><u>Hinweise:</u> Es können jederzeit neue Bodendenkmale auftreten. Änderungen beziehungsweise Ergänzungen des Bodendenkmalbestandes sind jederzeit möglich und zu berücksichtigen. Die Denkmalliste wird kontinuierlich fortgeschrieben.</p> <p>Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß BbgDSchG § 17 (1)-(4). Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten sie aus unserem Hause gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
6. Gemeinsame Landesplanungsabteilung: Schreiben vom 09.12.2024	
<p>Erläuterungen Mit dem Vorhabenbezogenen BP Nr. 13 (Geltungsbereich ca. 55 ha2) beabsichtigt die Gemeinde Neuzelle auch im Ortsteil Möbiskrüge die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage auf bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen. Die Festlegungskarte des LEP HR enthält für den Geltungsbereich des Vorhabenbezogenen BP keine flächenbezogenen Festlegungen (i. S. v.</p>	<p>Die Stellungnahme der „Gemeinsamen Landesplanungsabteilung“ wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>beachtungspflichtigen Zielen). Textliche Festlegungen des LEP HR stehen der Planungsabsicht ebenfalls nicht entgegen.</p> <p>Zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung gibt es von unserer Seite keine Hinweise. Eigene umweltbezogene Informationen liegen bei der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung nicht vor.</p> <p>Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht</p> <ul style="list-style-type: none"> - Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 235) - Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35) - Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung (LEP FS) in der Fassung der Verordnung vom 30.05.2006 (GVBl. II S. 153) <p>Die Beurteilung aufgrund der folgenden Regionalpläne bzw. Entwürfe erhalten Sie durch die Regionale Planungsgemeinschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sachlicher Teilregionalplan „Regionale Raumstruktur und Grundfunktionale Schwerpunkte“ der RPG Oderland-Spree, in Kraft getreten mit Bekanntmachung der Genehmigung im ABl. Nr. 42 vom 27.10.2021, S. 812 - Entwurf des sachlichen Teilregionalplans (TPR) Erneuerbare Energien der Region Oderland-Spree vom 29.01.2024, öffentliche Auslegung vom 11.03.2024 bis 17.05.2024; im Internet aufrufbar unter https://www.rpg-oderland-spree.de/regionalplaene/sachlicher-teilregionalplan-erneuerbare-energien. <p>Bindungswirkung</p> <p>Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden.</p> <p>Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.</p> <p>Hinweise</p> <ul style="list-style-type: none"> -Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt. -Wir bitten, Beteiligungen zu Bauleitplanverfahren nur in digitaler Form 	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Regionalplan und das Regionale Energiekonzept Oderland-Spree 2021 finden hierzu in Kapitel 3.2 & 3.3 Berücksichtigung</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen und beachtet.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und beachtet.</p>

27.03.2025 Seite 12 von 32

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
8. Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg: Schreiben vom 17.12.2024	
<p>Nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen zum Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 13 „Photovoltaikfreiflächenanlage Neuzelle / Möbiskrüge“ der Gemeinde Neuzelle OT Möbiskrüge (Stand: 21.10.2024) wird von Seiten der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) mit Bezug auf § 31 Abs. 2 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) wie folgt Stellung genommen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Das Planungsgebiet befindet sich im Zuständigkeitsbereich der LuBB. 2. Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftverkehrsrechtlicher Sicht durch das o.g. Verfahren nicht berührt. 3. § 18a LuftVG (Störung von Flugsicherungseinrichtungen) steht dem obigen Vorhaben nicht entgegen. 4. Es bestehen derzeit keine Bedenken gegen den Vorentwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 13 „Photovoltaikfreiflächenanlage Neuzelle / Möbiskrüge“ der Gemeinde Neuzelle OT Möbiskrüge (Stand: 21.10.2024). <p>Begründung: Das Planungsvorhaben liegt bei Neuzelle, im Landkreis Oder-Spree des Bundeslandes Brandenburg. Der nächstgelegene Hubschrauber-Sonderlandeplatz (HSLP) Städtisches Krankenhaus Eisenhüttenstadt befindet sich ca. 5,3 km nördlich der Planungsfläche. Dieser HSLP wird auf Grundlage einer gültigen luftrechtlichen Genehmigung gem. § 6 LuftVG für die Durchführung von Flügen im Sichtflugverfahren am Tag und in der Nacht betrieben. Es wurde kein Bauschutzbereich gem. §§ 12, 17 LuftVG bestimmt. Zur Beurteilung von Luftfahrthindernissen ist die „Bekanntmachung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Genehmigung der Anlage und des Betriebs von Hubschrauberflugplätzen“ (NfL I 36/06) zu beachten. Ihr Planungsvorhaben befindet sich außerhalb der relevanten Hindernisfreiflächen des HSLP Eisenhüttenstadt. Der Verkehrslandeplatz (VLP) Eisenhüttenstadt liegt ca. 11 km nördlich des Planungsvorhabens. Der VLP Eisenhüttenstadt wird auf Grundlage einer gültigen luftrechtlichen Genehmigung gem. § 6 LuftVG für die Durchführung von Flügen im Sichtflugverfahren am Tag und in der Nacht betrieben. Es wurde kein Bauschutzbereich gem. §§ 12, 17 LuftVG bestimmt. Zur Beurteilung von Luftfahrthindernissen sind die „Gemeinsamen</p>	<p>Die Stellungnahme der „Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg“ wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb“ in den Nachrichten für Luftfahrer (NfL) I 92/13 und die „Gemeinsamen Grundsätze des Bundes und der Länder für die Genehmigung der Anlage und des Betriebs von Segelfluggeländen“ (NfL) 1-1679/19 zu beachten. Ihr Planungsvorhaben beeinträchtigt die Hindernisfreiflächen des VLP Eisenhüttenstadt nicht. Insgesamt befindet sich das Planungsvorhaben außerhalb von Bau-schutzbereichen gem. §§ 12, 17 LuftVG und Hindernisbegrenzungsflä-chen ziviler Flugplätze (Verkehrs-, Sonder-, Hubschrauber-Sonderlandeplätzen) sowie Segel- und Modellfluggeländen. Weder die geplante Festsetzung eines Sonstigen Sondergebietes mit der Zweckbestimmung: Photovoltaikfreiflächenanlage, noch die geplante Festsetzung der maximalen Höhe von 8,0 m über Gelände, sind geeignet, luftverkehrsrechtliche Belange zu beeinträchtigen. Die Verwendung blend-freier Oberflächen bei PV-Modulen wird vorausgesetzt. Das Plangebiet liegt außerhalb von Schutzbereichen ziviler Flugsiche-rungsanlagen (vgl. § 18a LuftVG). Es bestehen keine Bedenken gegen den Vorentwurf zum vorhabenbezo-genen Bebauungsplan Nr. 13 „Photovoltaikfreiflächenanlage Neuzelle / Möbiskruge“ der Gemeinde Neuzelle OT Möbiskruge (Stand: 21.10.2024).</p> <p>Hinweise:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sollten die geplanten Inhalte/Gebiete des o. g. Planungsvorhabens geändert werden, wird darum gebeten, die entsprechenden Plan-unterlagen bei der Luftfahrtbehörde erneut zur Prüfung einzu-reichen. 2. Zur Abklärung eventueller militärischer Belange wenden Sie sich bitte an das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDbw), Postfach 2963, 53019 Bonn. 3. Weitere Informationen über die Lage und Hindernisfreiflächen zu einzelnen Landeplätzen finden Sie unter: „https://lubb.berlin-brandenburg.de/aufgaben/flugplaetze-berlin-brandenburg“. <p>Um Überlassung einer Kopie des Abwägungsbeschlusses wird gebeten.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen und in die Unterlagen aufgenommen (vgl. Kapitel 5.5).</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dies wird beachtet.</p> <p>Es hat eine Beteiligung stattgefunden. Es wurden keine Bedenken geäu-ßert.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
9. E.DIS Netz GmbH: Schreiben vom 28.11.2024	
Gegen die oben genannte Planung bestehen seitens unseres Unterneh-mens keine grundsätzlichen Einwände.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Der Vorhabenträger sollte sich frühzeitig mit der Abteilung Netzwirtschaft unseres Unternehmens in Verbindung setzen und die Fragen zur Einspeisung der erzeugten Elektroenergie in das öffentliche Stromversorgungsnetz klären.</p> <p>Im Planbereich befinden sich keine Versorgungsleitungen unseres Unternehmens.</p>	<p>Der Vorhabenträger hat sich hierzu bereits mit der Abteilung Netzwirtschaft in Verbindung gesetzt. Es wurde eine verbindliche Netzreservierung eingeholt.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
10. Landkreis Oder Spree – Untere Bauaufsichtsbehörde: Schreiben vom 18.12.2024	
<p>Zum Planentwurf äußern sich die beteiligten Ämter und Behörden wie folgt:</p> <p><u>Keine Äußerungen</u> - Kataster- und Vermessungsamt</p> <p><u>Keine Einwände</u> - Amt für Kreisentwicklung und Infrastruktur Stabstelle Ländliche Entwicklung/Kreisplanung</p> <p><u>Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können</u></p> <p>Umweltamt <u>SG untere Wasserbehörde</u> a. Einwendungen: In der textlichen Festsetzung Nr. 7 wird festgeschrieben, dass das auf den befestigten Flächen anfallende unbelastete Regenwasser durch bauliche oder technische Maßnahmen auf dem gesamten Gelände zu versickern ist. Eine zeitversetzte Versickerung ist zulässig. Auf diese Weise soll eine gefahrlose Einspeisung von Oberflächenwasser in das Grundwasser bzw. das Gewässernetz gewährleistet werden. Eine solche Festlegung kann erst getroffen werden, wenn vorab die Versickerungsfähigkeit (Durchlässigkeitsbeiwert) des Bodens untersucht und rechnerisch nachgewiesen wurde, dass der Boden ausreichend versickerungsfähig ist und die zur Verfügung stehende Versickerungsfläche für die anfallenden Niederschlagsmengen ausreichend ist. Gemäß § 55 Abs. 2 WHG dürfen der Versickerung des Niederschlags-</p>	<p>Die Stellungnahme des Landkreis Oder-Spree wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Umweltamt</p> <p>Im Plangebiet ist die Verrieselung des unbelasteten Oberflächenwasser über den offenen Boden möglich, da lediglich für die Aufständigung der Anlagen eine geringfügige Versiegelung erfolgt. Somit steht das anfallende Wasser auch weiterhin dem Boden- und Wasserhaushalt zur Verfügung. Der natürliche Wasserhaushalt wird nicht beeinträchtigt. Technische Anlagen zur Versickerung sind nicht notwendig (vgl. Kapitel 5.2.2).</p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>wassers weder wasserrechtlichen oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen.</p> <p>b. Rechtsgrundlage: § 54 Abs. 4 BbgWG; § 55 Abs. 2 WHG</p> <p>c. Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder Überwindung (z.B. Ausnahme oder Befreiungen): Entweder die textliche Festsetzung Nr. 7 wird herausgenommen oder der unteren Wasserbehörde wird ein Bodengrundgutachten (inkl. des Themas Hydrogeologie) und entsprechende Nachweise gemäß DWA-A 138-1 übermittelt, sodass beurteilt werden kann ob der Versickerung des Niederschlagswasser Vorschriften oder Belange gemäß § 55 Abs. 2 WHG entgegenstehen oder nicht.</p> <p>Umweltamt <u>SG untere Naturschutzbehörde</u> Vorgesehen ist die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage mit einer Fläche von max. 44 ha, der Geltungsbereich umfasst 55 ha (Gesamtleistung 62 MWp). Es soll eine Grundflächenzahl von 0,8 festgesetzt werden.</p> <p>Einwendungen <u>Kapitel 5.1. Belange des Naturschutzes</u> Aufgrund der erheblichen Flächeninanspruchnahme sowie dem voraussichtlichen Vorhandensein von planungsrelevanten Arten ist neben der Umweltprüfung mit Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung (§ 1 Abs. 6, Nr. 7 und § 1 a BauGB), die Erstellung eines Artenschutzfachbeitrages erforderlich. Die Würdigung des Artenschutzes im Rahmen von Planungsverfahren ergibt sich aus den geltenden Regelungen des § 44 Abs. 1 BNatSchG i. V.m. §§ 44 Abs. 5 und 6 und 45 Abs. 7 BNatSchG. Methodik und Untersuchungstiefe unterliegen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und hängen maßgeblich von den naturräumlichen Gegebenheiten und den zu erwartenden Beeinträchtigungen ab. Der Artenschutzfachbeitrag kann dabei als integriertes Kapitel erfolgen.</p> <p><u>Artenschutz (§ 44 BNatSchG):</u> Um geeignete Maßnahmen zum Artenschutz festlegen zu können, sind Angaben/Aussagen zum Bestand erforderlich. Vorliegend handelt es sich um eine intensiv bewirtschaftete Ackerfläche.</p>	<p>Die TF 7 wird wie folgt angepasst: „Im gesamten Planungsbereich dieses vhb. Bebauungsplanes ist das auf den befestigten Flächen anfallende unbelastete Regenwasser wie bisher über den belebten Oberboden innerhalb des Geltungsbereiches zu verrieseln.“</p> <p>Umweltamt</p> <p>Einwendungen <u>Kapitel 5.1. Belange des Naturschutzes</u> Ein solcher Artenschutzbeitrag wird im weiteren Verfahren ergänzt.</p> <p><u>Artenschutz (§ 44 BNatSchG):</u> Es werden umfangreiche Erfassungen vorgenommen. Basierend auf die-</p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Diese Fläche grenzt an Wald sowie an einen vorhandenen Weg an. Für den Standort ist mit Arten der Agrarlandschaft wie Feldlerche, Goldammer, Braunkehlchen, Bluthänfling usw. zu rechnen. Von daher ist zu beachten, dass planungsrelevanten Arten bei Funktionsverlust des Reviers, wie beispielsweise der Feldlerche, Flächen für die Sicherung ihres Fortbestandes bereitgestellt werden müssen. Es sind innerhalb des Plangebietes größere Offenflächen zu sichern und diese als optimalen Lebensraum zu gestalten bzw. aufzuwerten. Anderenfalls sind Maßnahmen außerhalb des Plangebietes bereitzustellen, wie die Umwandlung von Acker in extensives Grünland.</p> <p>Wie in der vorliegenden Planung dargelegt, sind mit Vorliegen der artenschutzrechtlichen Prüfung, weitergehende Festlegungen erforderlich.</p>	<p>sen werden entsprechende Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen definiert. Sollte es zu einem Bedarf an Ausgleichsfläche kommen, wird dieser entsprechend vorgelegt.</p>
<p><u>Landschaftsbild</u></p> <p>Die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlagen stellt einen erheblichen Eingriff in das Landschaftsbild dar und führt zu einer Beeinträchtigung der Erholungseignung der Landschaft. Es handelt sich hier um eine technische Anlage (Einzäunung des Geltungsbereiches 55 ha) im landschaftlichen Freiraum.</p> <p>Gleichzeitig ist mit der Errichtung dieser Anlage der Neubau eines Umspannwerkes verbunden.</p> <p>Der Anlagenstandort wird von einem Verbindungsweg (Ortsteil Möbiskrüge und Kummro) durchzogen. Dieser Weg hat eine Bedeutung für die ortsnahe Naherholung.</p> <p>Im Rahmen der weiteren Planung sind Maßnahmen, wie die Anlage von Gehölzstrukturen in Form einer Hecke aus Bäumen und Sträuchern entlang des Weges zielführend. Die Anlage einer entsprechenden Gehölzstruktur führt zu einer Minimierung der Beeinträchtigungen auf das Landschaftsbild und zu einer Abschirmung des Anlagenstandortes (Verbesserung/Beibehaltung der ortsnahe Naherholung).</p>	<p><u>Landschaftsbild</u></p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Aufgrund der umliegenden Gehölzflächen ist der Eingriff grundsätzlich als weniger störend wahrzunehmen.</p> <p>Es wird die PV-FF eingezäunt (41,8 ha) und nicht der gesamte Geltungsbereich.</p> <p>Ein Umspannwerk ist nicht innerhalb des Geltungsbereiches vorgesehen. Dies ist in den Unterlagen fälschlicherweise aufgeführt und wird gestrichen.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und berücksichtigt. Entlang des Weges zwischen Möbiskrüge und Neuzelle werden beidseitig Hecken angepflanzt.</p>
<p><u>Pkt. 5.10 Belange des Klimaschutzes</u></p> <p>Die Aussage, dass es zu keiner Verschlechterung des vorherrschenden Mikroklimas kommt, wird nicht getragen. Eine Anlagengröße von 55 ha und eine Grundflächenzahl von 0,8 löst klimatische Veränderungen in Form einer lokalen Erhöhung der Temperatur und einer geringeren Verdunstung aus.</p> <p>Eine Minimierung solcher Eingriffswirkungen kann vor allem durch die Schaffung ausreichender Freiräume/Korridore sowie durch eine hohe leistungsfähige Eingrünung erreicht werden.</p>	<p><u>Pkt. 5.10 Belange des Klimaschutzes</u></p> <p>Die Anlage weist eine Größe von knapp 41,8 ha auf, der gesamte Geltungsbereich beträgt 46,8 ha.</p> <p>Es kommt nicht zu einer tatsächlichen Versiegelung von 80 % sondern von eher 5 %. Aufgrund der Planung wird die GRZ jedoch auf 0,6 reduziert. Der Boden bleibt weitestgehend unberührt. Zusätzlich wird Extensives Grünland angelegt, was eine deutlich kühlendere Wirkung hat als die aktuell vorherrschenden Ackerflächen.</p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p><u>Zu Textliche Festsetzungen Pkt. 6.2.4 Grünordnung</u> Die Anlage von Habitatstrukturen im Geltungsbereich des Anlagenstandortes wird aus naturschutzfachlicher Sicht begrüßt. Art, Anzahl und Umfang der Maßnahmen sind konkret festzulegen und in einem Maßnahmenblatt (für Bauantragsverfahren) zu formulieren. Die Festsetzung für die Verwendung von standortangepassten, zertifizierten, arten- und blütenreichen Saatgut wird begrüßt. Die Zielfunktion muss dabei sichergestellt werden, indem ausreichend große und auch besonnte Flächen zur Verfügung stehen.</p> <p><u>Zu Pkt. 6.2.6. Vermeidungsmaßnahmen in Bezug auf den speziellen Artenschutz</u> Die beschriebenen Vermeidungsmaßnahmen bezüglich Gehölzrodungen/Gehölzeinschlag sind anhand der vorliegenden Planung nicht erforderlich. Gehölzrodungen für die Einrichtung von PV-Freiflächenanlagen werden von Seiten der unteren Naturschutzbehörde abgelehnt. Es muss sich hier ausschließlich um Gehölze zur Verkehrssicherung handeln. Insgesamt ergeben sich für die vorliegende Planung einer Freiflächenphotovoltaikanlage Möbiskrüge/Neuzelle erhebliche Auswirkungen auf die Schutzgüter Boden, Arten und deren Lebensräume sowie Landschaftsbild. Von Seiten der unteren Naturschutzbehörde werden folgende Anforderungen an die Planung gestellt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Es ist eine Begrenzung der Grundfläche der Module auf einen Anteil von 60 Prozent der Grundfläche des Gesamtvorhabens vorzunehmen. • Zur Förderung der Biodiversität ist eine zweischürige Mahd zielführend. Das Mahdgut ist abzuräumen. • Für Artenschutzmaßnahmen sind geeignete Habitatstrukturen in ausreichender Größe zu schaffen bzw. Flächen außerhalb des Plangebietes zu etablieren. Es kommen nur solche Maßnahmen in Frage, die artspezifisch eng auf die ökologischen Erfordernisse der betreffenden Art abgestimmt sind. Mit Hilfe geeigneter Maßnahmen lässt sich gegebenenfalls das Eintreten der artenschutzrechtlichen Verbote des § 44 Abs. 1 abwenden. Vorgesogene Ausgleichsmaßnahmen müssen alle relevanten Funktions- und Flächenverluste ausgleichen. Es kommt die Verbesserung bestehen- 	<p><u>Zu Textliche Festsetzungen Pkt. 6.2.4 Grünordnung</u> Dies wird entsprechend durch den Vorhabenträger zum Bauantragsverfahren vorgelegt. Dem wird soweit möglich Folge geleistet.</p> <p><u>Zu Pkt. 6.2.6. Vermeidungsmaßnahmen in Bezug auf den speziellen Artenschutz</u> Es handelt sich hierbei um vorläufige Maßnahmen, welche mit Vorliegen des Artenschutzbeitrages angepasst werden.</p> <p>Dem wird Folge geleistet. Insgesamt beläuft sich die tatsächliche Versiegelung jedoch auf wenige Prozent, da zur Befestigung der Module nur punktuell eine Inanspruchnahme von Boden erfolgt. Dem wird Folge geleistet.</p> <p>Es werden umfangreiche Erfassungen vorgenommen. Basierend auf diesen werden entsprechende Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen definiert. Sollte es zu einem Bedarf an Ausgleichsfläche kommen, wird dieser entsprechend vorgelegt.</p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>der Lebensstätten sowie auch die Anlage neuer Lebensstätten in Betracht.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im Rahmen der weiteren Planung sind Maßnahmen, wie die Anlage von Gehölzstrukturen in Form einer Hecke aus Bäumen und Sträuchern entlang des Weges zielführend. • Sofern die Anlage eine Seitenlänge von mehr als 500 m aufweist, sind unbebaute Wanderkorridore für Großsäuger in ausreichender Breite anzulegen. Die räumliche Lage und Ausrichtung der Korridore wird anhand der örtlichen Gegebenheiten (Biotopverbund) bestimmt. • Zur Überwachung und zum Nachweis der Einhaltung umweltbezogener Maßnahmen, insbesondere zur Vermeidung zur Verminderung und zum Ausgleich nachteiliger Umweltauswirkungen, ist ein Monitoring vorzusehen. Das Monitoring dient der Kontrolle prognostizierter Auswirkungen und gewährleistet, dass heute noch nicht vorhersehbare Prognosedefizite behoben werden können. So dient es u.a. der Kontrolle der Wirksamkeit der Artenschutzmaßnahmen. 	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und berücksichtigt. Entlang des Weges zwischen Möbiskrüge und Neuzelle werden beidseitig Hecken angepflanzt.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und beachtet. Es wird ein entsprechender Wanderkorridor aufgenommen.</p> <p>Dem wird Folge geleistet (vgl. Kapitel 3.b).</p>
<p>Sonstige fachliche Informationen oder rechtliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage Amt für Kreisentwicklung und Infrastruktur</p>	
<p><u>SG Kreisliche Infrastruktur/ Straßenaufsicht</u></p> <p>Die straßenrechtlichen Belange der Straßenbauverwaltungsbehörde des Landkreises Oder-Spree werden von den Inhalten des Vorentwurfes zur frühzeitigen Beteiligung zur Aufstellung des vorhabenbezogenen B-Planes Nr. 13 „Photovoltaikfreiflächenanlage Neuzelle /Möbiskrüge“ der Gemeinde Neuzelle in der Gemarkung Neuzelle, Flur 2, Flurstücknummer 218 und in der Gemarkung Möbiskrüge, Flur 3, Flurstücknummer (diverse) p.a. nicht berührt.</p>	<p><u>SG Kreisliche Infrastruktur/ Straßenaufsicht</u></p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Umweltamt <u>SG untere Wasserbehörde</u> <u>Grundstücksentwässerung</u></p> <p>In der textlichen Festsetzung Nr. 7 wird von technischen und baulichen Maßnahmen hinsichtlich der Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers gesprochen.</p> <p>Sollte die Versickerung des Niederschlagswassers nicht als Flächenversickerung erfolgen, sondern hierfür technische Anlagen errichtet werden,</p>	<p>Umweltamt <u>SG untere Wasserbehörde</u></p> <p>Dies wird entsprechend korrigiert.</p> <p>Die Versickerung/Verrieselung erfolgt wie bisher über den belebten Oberboden.</p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>stellt dies eine Gewässerbenutzung gemäß § 9 Abs. 4 WHG dar. In diesem Fall wäre bei der unteren Wasserbehörde eine wasserrechtliche Erlaubnis zu beantragen. Die wasserrechtliche Erlaubnis ist im Bauantragsverfahren konzentriert.</p> <p>Aus der Begründung zum vorbereitenden Bebauungsplan ist zu entnehmen, dass die Geländehöhen im Vorhabensgebiet zwischen 79 und 93 m üNN variieren. Das Gelände steigt Richtung Südwesten leicht an (S. 6). Diese topografische Gegebenheit ist bei der Entwässerungsplanung (Planung der Versickerung) zu berücksichtigen.</p> <p><u>Löschwasserversorgung</u></p> <p>Im Absatz 5.2.5 „Löschwasserversorgung, Brandschutz“ wird nicht konkret benannt, welche Anlagen zum Zwecke der Löschwasserversorgung errichtet werden sollen bzw. ob auf bestehende Anlagen zurückgegriffen wird.</p> <p>Es sei darauf hingewiesen, dass Löschwasserbrunnen bei der unteren Wasserbehörde (uWB) gemäß § 49 Abs. 1 WHG i.V.m. § 9 Abs. 1 Nr. 5 WHG anzuzeigen sind.</p> <p>Sofern die Errichtung von Löschwasserbehältern oder Zisternen erfolgen soll, ist zu prüfen, ob die Behälter inklusive ihres Unterbaus bis in das Grundwasser hineinreichen. Ist davon auszugehen, dass dies der Fall ist, ist eine wasserrechtliche Erlaubnis für das Einbringen von Stoffen in das Grundwasser bei der uWB zu beantragen (§ 49 Abs. 1 Nr. 4 WHG i.V.m. § 8 Abs. 1 WHG).</p> <p><u>ökologische Aufwertung</u></p> <p>Auf Seite 21 der Begründung zum vBP wird als Maßnahme zur ökologischen Aufwertung das Anlegen von Kleingewässern für Amphibien (z.B. durch Bündelung des Abflusses der Solarpaneltische und die gezielte Anlage von Feuchtbiotopen wie Tümpel, Teiche und Weiher) angeführt.</p> <p>Die Herstellung eines Gewässers stellt gemäß § 67 Abs. 2 WHG einen Gewässerausbau dar. Der Gewässerausbau bedarf der Planfeststellung durch die zuständige Behörde (§ 68 Abs. 1 WHG). Die Zuständigkeit für das Planfeststellungs- bzw. Plangenehmigungsverfahren liegt bei der oberen Wasserbehörde.</p> <p><u>wassergefährdende Stoffe</u></p> <p>Zu der geplanten Photovoltaikanlage gehören auch 13 Transformatoren sowie Wechselrichterstationen. Diese sind Anlagen zum Verwenden von wassergefährdenden Stoffen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft im</p>	<p>Die Verrieselung erfolgt wie bisher über den belebten Oberboden.</p> <p><u>Löschwasserversorgung</u></p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen. Die finale Versorgung mit Löschwasser erfolgt über zwei Entnahmestellen am Wegesrand. Diese werden falls erforderlich bei der Wasserbehörde durch den Vorhabenträger angezeigt. Die Details werden mit dem Amt Neuzelle/Herrn Fahrentz abgestimmt</p> <p>Dem wird, sofern der Bedarf besteht, Folge geleistet.</p> <p><u>ökologische Aufwertung</u></p> <p>Die Ausführung wird entfernt. Somit sind die gemachten Ausführungen hierzu nicht mehr relevant.</p> <p><u>wassergefährdende Stoffe</u></p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Sinne von § 62 Absatz 1 WHG. Es gelten die Anforderungen an Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen entsprechend der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV).</p> <p>Für Transformatorenstationen als Anlage zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen besteht eine Anzeigepflicht gemäß § 40 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) vom 18.04.2017 (BGBl. I/17 Nr. 22, S. 905) nur, wenn eine Prüfpflicht gemäß § 46 Absatz 2 AwSV in Verbindung mit Anlage 5 AwSV erforderlich ist. Der Betreiber einer Anlage ist verantwortlich für die Einhaltung der Vorschrift.</p> <p>In der Begründung wird auf Seite 15 angegeben, dass der gewonnene Solarstrom in das öffentliche Netz eingespeist werden soll und hierzu ein Umspannwerk sowie Stromspeichermodule errichtet werden sollen. Da die Anlagen bislang nicht im Vorhaben- und Erschließungsplan dargestellt sind, geht die untere Wasserbehörde davon aus, dass das Umspannwerk und die Stromspeichermodule nicht Bestandteil dieses Bebauungsplanverfahrens sind.</p> <p><u>Grundwasser</u> Laut den Karten des Grundwasserflurabstandes Brandenburg, die im Jahre 2013 erarbeitet worden sind und deren Grundlagen Stichtagsmessungen des Grundwassers an Grundwassermessstellen im Frühjahr 2011 bilden, liegt der Grundwasserflurabstand am Standort zwischen 20,0 und 30,0 m. Zieht man die Grundwasserisolinien für das Jahr 2015 und die Geländehöhen heran, so ergibt sich ein Grundwasserflurabstand von 8,0 bis 12,0 m im Nordwesten und der Mitte des Plangebietes. Im Südwesten können lokal Grundwasserflurabstände von 14,0 m auftreten. Die hydrogeologischen Gegebenheiten können aufgrund der Stauchungen im Plangebiet variieren. Im Bauantragsverfahren ist ein Baugrundgutachten beizubringen, welches auch die hydrogeologischen Standortbedingungen behandelt.</p> <p><u>Rechtsgrundlagen</u> WHG Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31.07.2009 (BGBl. I/09 S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) BbgWG Brandenburgisches Wassergesetz in der Bekanntmachung der</p>	<p>Dies ist an dieser Stelle nicht korrekt und wird entsprechend aus dem Dokument gestrichen. Die Errichtung eines Umspannwerkes und eines Stromspeicher ist nicht innerhalb des Geltungsbereiches vorgesehen.</p> <p><u>Grundwasser</u> Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und in die Unterlagen aufgenommen (vgl. Kapitel 2.a.5).</p> <p>Dem wird Folge geleistet.</p> <p><u>Rechtsgrundlagen</u> Die Ausführungen werden mit in die Unterlagen aufgenommen.</p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Neufassung vom 02.03.2012 (GVBl. I/12 Nr. 20), zuletzt geändert durch Artikel 29 des Gesetzes vom 05.03.2024 (GVBl. I/24, Nr. 9)</p> <p>AwSV Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) vom 18.04.2017 (BGBl. I/17 Nr. 22, S. 905), zuletzt geändert durch Artikel 256 der Verordnung vom 19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)</p> <p>Umweltamt <u>SG Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde</u> <u>Bodenschutz</u></p> <p>Nach der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung § 4 Abs. 5 kann für Vorhaben, bei denen auf einer Fläche von mehr als 3000m² Materialien auf- oder in die durchwurzelbare Bodenschicht eingebracht wird oder Bodenmaterial ausgehoben oder teilweise oder vollständig verdichtet wird, eine bodenkundliche Baubegleitung gefordert werden.</p> <p>Mit dem Ziel einer Wahrung der bodenschutzrechtlichen Belange, einer Vermeidung schädlicher Bodenveränderungen, einem flächensparenden Umgang mit dem Boden und einem Erhalt bzw. einer möglichst naturnahen Wiederherstellung der Böden in ihrer natürlichen Funktion gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 1 des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) wird eine Begleitung der Baumaßnahmen durch eine Person mit bodenkundlichem Sachverstand (Bodenkundliche Baubegleitung) verlangt. Die mit der bodenkundlichen Baubegleitung beauftragte Person muss über die notwendige Sach- und Fachkunde verfügen und diese nachweisen. Bei entsprechender Fachkunde kann die Bodenkundliche Baubegleitung gemeinsam mit der Naturschutzfachlichen Baubegleitung als Umweltfachliche Baubegleitung erfolgen. Ein entsprechendes Konzept ist der zuständigen Behörde spätestens 4 Wochen vor Baubeginn vorzulegen. In dem Konzept sind u. a. eine flächensparende Vorgehensweise, Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Rekultivierung beanspruchter Flächen (nach der Errichtung und dem Rückbau der Freiflächen-Photovoltaikanlage) darzulegen. Die Bodenkundliche Baubegleitung hat nach Abschluss der Bauarbeiten ein Protokoll/einen Bericht zu erstellen und der Planfeststellungsbehörde zu übergeben.</p> <p><u>Altlasten</u></p> <p>Altlasten oder Altlastverdachtsflächen im Sinne des § 2 des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) sind im Vorhabensareal bzw. den Ausgleichsflächen nicht bekannt.</p> <p>Werden bei der Realisierung des Vorhabens neue Erkenntnisse gewonnen, die darauf hinweisen, dass in der Vergangenheit im Vorhabensareal</p>	<p>Umweltamt <u>SG Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde</u> <u>Bodenschutz</u></p> <p>Die Ausführungen werden entsprechend in die Unterlagen aufgenommen (vgl. Kapitel 5.8) und sind durch den Vorhabenträger einzuhalten.</p> <p><u>Altlasten</u></p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>mit umweltgefährdenden Stoffen derart umgegangen wurde, dass nicht unerhebliche Einträge solcher Stoffe in den Boden vermutet werden, ist die untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde unverzüglich darüber zu informieren.</p> <p>Die Pflicht zur Anzeige von Altlasten und Altlastverdachtsflächen gegenüber der zuständigen Behörde ergibt sich für Eigentümer sowie Verfügungs- und Nutzungsberechtigte von Grundstücken aus § 31 Abs. 1 u. 2 des Brandenburgischen Abfall- und Bodenschutzgesetzes (BbgAbfBodG).</p> <p><u>Abfallentsorgung</u></p> <p>Alle anfallenden Abfälle sind ordnungsgemäß nach der Abfallverzeichnisverordnung (AVV) zu deklarieren. Alle Abfälle sind einer ordnungsgemäßen, zulässigen und nachweisbaren Verwertung gemäß §§ 7 ff. Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) respektive sollte dies nicht möglich sein, einer ordnungsgemäßen Beseitigung gemäß §§ 15 ff. KrWG zuzuführen. Dabei sind die Vorschriften der Nachweisverordnung (NachwV) einzuhalten.</p> <p>Anfallende gefährliche Abfälle sind gemäß Sonderabfallentsorgungsverordnung (SAbfEV) der Sonderabfallgesellschaft Brandenburg / Berlin mbH-(SBB) anzudienen. Werden gefährliche Abfälle einem Einsammler übergeben, so sind die Übernahmescheine getrennt nach Abfallart in zeitlicher Reihenfolge geordnet in einem Register gemäß § 24 NachwV abzu legen.</p> <p>Nach Stilllegung der Anlagen sind die Standorte nach geltendem Recht vollständig zurückzubauen. Die anfallenden Abfälle sind einer geordneten Verwertung bzw. Entsorgung zuzuführen.</p> <p><u>Einsatz von Recycling-Baustoffen</u></p> <p>Für den Einbau von Recycling-Materialien finden die Regelungen der Ersatzbaustoffverordnung (ErsatzbaustoffV) Anwendung. Beim Einbau von nicht aufbereitetem Bodenmaterial und Baggergut findet die Untersuchungspflicht nach § 14 ErsatzbaustoffV Anwendung. Die Verwendung mineralischer Ersatzbaustoffe (MEB) in technischen Bauwerken des Straßen- und Erdbaus ist nur noch zulässig, wenn diese Ersatzbaustoffe einer der in der ErsatzbaustoffV definierten Materialklasse (ErsatzbaustoffV Anlage 2 Tab. 1 – 27) zugeordnet werden und die sonstigen Anforderungen zur Verwendung (nach §19 ErsatzbaustoffV) eingehalten werden. Gemäß § 22 ErsatzbaustoffV ist der Einbau bestimmter MEB oder deren Gemische ab einem vorgesehenen Einbaugesamtvolumen von mindestens 250 Kubikmetern (m³) sowie der Einbau bestimmter MEB in Wasser-</p>	<p>Es ist bereits ein entsprechender Hinweis in den Unterlagen enthalten.</p> <p><u>Abfallentsorgung</u></p> <p>Die Ausführungen werden entsprechend in die Unterlagen aufgenommen (vgl. 5.2.4 und 2.a.12)</p> <p><u>Einsatz von Recycling-Baustoffen</u></p> <p>Die Ausführungen werden entsprechend in die Unterlagen aufgenommen (vgl. Kapitel 5.8).</p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>schutzgebieten / Heilquellenschutzgebieten vier Wochen vor Beginn des Einbaus schriftlich oder elektronisch der zuständigen Behörde vom Verwender anzuzeigen (Voranzeige).</p> <p>Rechtsgrundlagen Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 Nr. 394)</p> <p>Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) vom 6. Juni 1997 (GVBl.I/97, [Nr. 05], S.40) zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 7 des Gesetzes vom 20. Juni 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 24] S. ber. [Nr. 40])</p> <p>Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17.03.1998 (BGBl. I/98 S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306) m W. v. 04.03.2021</p> <p>Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 02. März 2023 (BGBl 2023 I Nr. 56) geändert</p> <p>Abfallverzeichnis-Verordnung vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3379), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. Juni 2020 (BGBl. I S. 1533)</p> <p>Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BbodSchV) vom 09. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598, 2716)</p> <p>Nachweisverordnung vom 20. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2298), zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 28. April 2022 (BGBl. I S. 700) geändert Sonderabfallentsorgungsverordnung (SAbfEV) vom 08. Januar 2010 (GVBl.II10, [Nr. 01]) geändert durch Artikel 104 des Gesetzes vom 05. März 2024 (GVBl. I/24, [Nr. 9], S. 40)</p> <p>Ersatzbaustoffverordnung vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 13. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 186) geändert worden ist</p>	

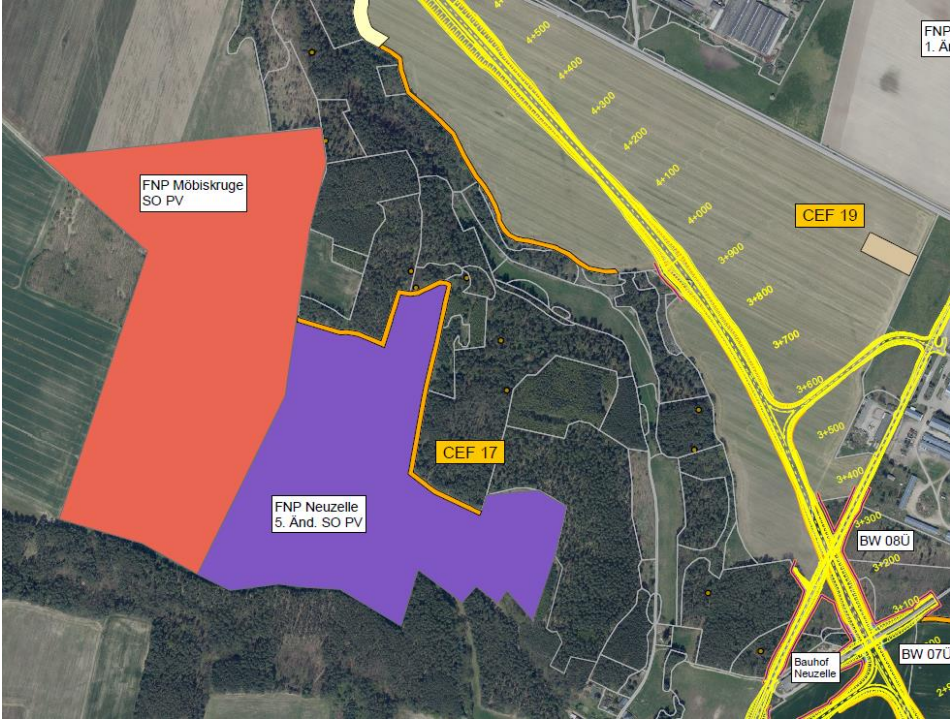
Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Bauordnungsamt <u>AG untere Denkmalschutzbehörde</u> Im Plangebiet sind nach dem derzeitigen Kenntnisstand weder Bau- noch Bodendenkmale betroffen. Vorsorglich wird auf § 11 Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz (BbgDSchG) verwiesen.</p> <p><u>AG Bauleitplanung</u> Die Planung erfolgt auf der Grundlage eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Wesentliche Elemente des Planungsinstruments „Vorhabenbezogener Bebauungsplan“ sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • der vorhabenbezogene Bebauungsplan selbst, • der Vorhaben- und Erschließungsplan sowie • der Durchführungsvertrag. <p>Der Vorhaben- und Erschließungsplan wird Bestandteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplans, der als gemeindliche Satzung beschlossen wird. Dabei ist zu beachten, dass beide Pläne widerspruchsfrei sein müssen. Hier ist auffällig, dass die Geltungsbereiche beider Pläne voneinander abweichen.</p> <p><u>Planzeichnung</u> Die Gliederung der TF muss sich an die Regelungen der BauNVO halten, d. h. unter Art der baulichen Nutzung (Erster Abschnitt BauNVO) sind die im Sondergebiet zulässigen baulichen Anlagen <u>vollständig</u> aufzuführen. Im Punkt Maß der baulichen Nutzung (Zweiter Abschnitt BauNVO) sind die in den §§ 16 bis 21a BauNVO getroffenen Regelungen festzusetzen. In der vorliegenden Planzeichnung werden TF zu Art und Maß der baulichen Nutzung vermischt. In der TF genannte Pflanz- und Grünflächen sind nicht vollständig erkennbar. Die Festsetzungen müssen einen bodenrechtlichen Bezug aufweisen. Ein Verbot des Einsatzes von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln ist nicht als TF zulässig und sollte daher im Durchführungsvertrag erfolgen. Dies trifft auch auf die TF zur Zusammensetzung der Saatgutmischung und weitere TF unter dem Punkt Grünordnung zu. Regelungen zum Artenschutz u.s.w. (siehe Pkt. 6 der TF) sollten daher auf der Planzeichnung, mangels bodenrechtlichem Bezug, nicht festgesetzt, sondern als Hinweis aufgeführt werden. Es wird empfohlen, diese Festsetzungen im Durchführungsvertrag zu re-</p>	<p>Bauordnungsamt <u>AG untere Denkmalschutzbehörde</u> Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p><u>AG Bauleitplanung</u></p> <p>Dies wird entsprechend korrigiert.</p> <p><u>Planzeichnung</u> Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und - soweit zielführend - umgesetzt. Grundsätzlich kann und wird aufgrund des Vorhabenbezuges jedoch an den Festsetzungen festgehalten, da gem. § 12 Abs. 3 BauGB ein vorhabenbezogener Bebauungsplan nicht an die Festsetzungen des § 9 BauGB gebunden ist.</p> <p>Es werden bei Bedarf weitere Abstimmungen im Durchführungsvertrag</p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>geln. Bei Höhenfestsetzungen sind auch untere Bezugspunkte festzusetzen. Die Oberkante Erdboden ist dabei kein zulässiger Höhenbezug, da sie Veränderungen unterliegt.</p> <p><u>Begründung:</u> Die Erfüllung der Voraussetzungen des § 12 BauGB, besonders hinsichtlich der Inhalte des Durchführungsvertrages, sind vollständig zu erläutern.</p> <p>Erschließung In der Begründung wird ein das Gebiet querender Wirtschaftsweg als Erschließung genannt. Es sind Aussagen zur Sicherung dieser Erschließung und zum Ausbauzustand zu treffen.</p> <p>Darstellung FNP Es ist darzulegen, dass eine Parallelaufstellung des VBP und der FNP-Änderung entsprechend § 8 Abs. 3 BauGB erfolgt.</p> <p>Rückbau Zur Sicherung der vollständigen Entfernung der Baulichkeiten nach Aufgabe der Nutzung sollten entsprechende Rückbauverpflichtungen in städtebauliche Verträge aufgenommen und ggf. entsprechende finanzielle Sicherheiten eingefordert werden.</p> <p>Anstoßwirkung Es wird auf die erforderliche Anstoßwirkung bei der Bekanntmachung von Bauleitplanungen hingewiesen.</p> <p><i>„Nach der Rechtsprechung (vgl. Nachweise bei Battis/Krautzberger/Löhr, BauGB, 10. Auflage 2007, § 3 RNr. BAKRLOEKO 10 BAUGB § 3 Randnummer 14) hat die Bekanntmachung von Entwürfen von Bauleitplänen in einer Weise zu erfolgen, welche geeignet ist, Anstoßwirkung zu erzeugen, indem dem an der beabsichtigten Planung interessierten Bürger sein Interesse an Information und Beteiligung durch Anregung bewusst gemacht und dadurch gemeindliche Öffentlichkeit hergestellt wird. Sie soll dazu herausfordern, mit Anregungen zur Wahrung eigener Rechte im Interesse der Effektivität der Verfahrensschritte zu einer gerechten Abwägung (§ BAUGB § 1 Abs. BAUGB § 1 Absatz 7 BauGB) beizutragen. Hierbei genügt es grundsätzlich, wenn die Bekanntmachung zur Kennzeichnung des Plangebiets an geläufige geografische Bezeichnungen anknüpft.“ OVG Berlin-Brandenburg (2. Senat), Urteil vom 09.04.2008 - OVG 2 A 4.07</i></p> <p>Ob hier die Bezeichnung „Photovoltaikfreiflächenanlage Neuzelle Möbis-</p>	<p>geregelt.</p> <p>Es werden entsprechende Höhenbezugspunkte aufgenommen.</p> <p><u>Begründung:</u> Es werden entsprechende Ausführungen aufgenommen (vgl. Kapitel 6).</p> <p>Die Erschließung des Geltungsbereiches erfolgt vollständig über Flächen, die im Eigentum des Amtes Neuzelle sind. Diese sind Bestandteil des Gestattungsvertrages mit dem Amt. Die Nutzung öffentlicher Wege sowie deren Ertüchtigung wird ebenfalls mit dem Amt abgestimmt und vertraglich geregelt (vgl. Kapitel 5.6).</p> <p>Dies wird entsprechend ergänzt (vgl. Kapitel 3.7).</p> <p>Dies wird entsprechend im städtebaulichen Vertrag / Durchführungsvertrag geregelt.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen und beachtet.</p> <p>Die Bezeichnung wird zu „Photovoltaik-Freiflächenanlage am Kirchgän-</p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>kruge“ ausreicht, sollte kritisch geprüft werden, da eine geografische Zuordnung fehlt.</p> <p>Es wird auf folgende Arbeitshilfen verwiesen:</p> <p>Gemeinsame Arbeitshilfe des MLUK, MIL und des MWAE für die Planung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen - https://mluk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Gemeinsame-Arbeitshilfe-PV-FFA.pdf und die Arbeitshilfe der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree - https://www.rpg-oderland-spree.de/sites/default/files/downloads/202311_OLS_Planungshilfe_FF-PVA_3_1.pdf</p> <p>Amt für Landwirtschaft, Veterinär- und Lebensmittelüberwachung <u>SG Agrarentwicklung/ Untere Jagd- und Fischereibehörde</u></p> <p>Der Geltungsbereich der vorliegenden Planung umfasst ausschließlich landwirtschaftlich genutzte Flächen. Demnach berührt das vorliegende Vorhaben agrarstrukturelle Belange.</p> <p>Aus Sicht der Ertragsfähigkeit, sind die betroffenen Flächen als vorrangig mittel einzuschätzen. Der Durchschnitt der Bodenwertzahl liegt im Landkreis Oder-Spree bei 29,7.</p> <p>Die Flächen scheinen demnach grundsätzlich für die Bebauung mit einer PV-Anlage geeignet zu sein.</p> <p>Daneben wird der vorliegende Geltungsbereich im „Entwicklungskonzept Freiflächen-PV-Anlagen der Gemeinde Neuzelle“ vorrangig als mögliche Fläche zur Bebauung mit Photovoltaikmodulen abgebildet.</p> <p>Positiv muss angemerkt werden, dass ca. 30 % der betroffenen Flurstücke auch dem bewirtschaftenden Landwirtschaftsbetrieb gehören. Ihm wird so die Möglichkeit gegeben, sich zu diversifizieren und am Markt weiter wettbewerbsfähig zu sein, da ihm die Pachteinnahmen aus der Vermietung an das Solarunternehmen eine stabile Einnahmequelle bieten.</p> <p>Von Seiten des Landwirtschaftsamtes muss darauf hingewiesen werden, dass in einem Durchführungsvertrag, zwischen der Stadt und dem Vorhabenträger, eine Rückbauverpflichtung festzuhalten ist, in der festgeschrieben wird, dass die Fläche, nach Ende der Nutzung des Solarparks, wieder in eine „Fläche für die Landwirtschaft“ umgewandelt wird.</p> <p>Zum Umfang und zum Detaillierungsgrad sind von unserer Seite keine weiteren Vorgaben notwendig. Laut vorliegender Planung können die Eingriffe im Plangebiet ausgeglichen werden. Weitere Landwirtschaftsflächen sind für A+E-Maßnahmen nicht notwendig.</p> <p>Ein Hinweis an das Planungsbüro muss von unserer Seite noch erfolgen:</p>	<p><i>gerweg/Neuzelle/Möbiskrüge</i>“ geändert.</p> <p>Amt für Landwirtschaft, Veterinär- und Lebensmittelüberwachung <u>SG Agrarentwicklung/ Untere Jagd- und Fischereibehörde</u></p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dies wird entsprechend im städtebaulichen Vertrag / Durchführungsvertrag geregelt.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ggf. ist die Anlage von Lerchenfenster vorgesehen. Dies erfolgt in Abstimmung mit entsprechenden Landwirten und unter Beachtung größtmöglicher Flächenschonung.</p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>In der vorliegenden Planung sind an mehreren Stellen die Worte „Intensivacker“ und „intensiv genutzte Fläche“ zu lesen.</p> <p>Eine Legaldefinition für „Intensivacker“ gibt es nicht. Aus unserer Sicht handelt es sich hierbei um „normale“ (konventionelle) Landwirtschaft.</p> <p>Die verwendete Begriffswahl kann nicht nachvollzogen werden. Ein Landwirt kann seine Flächen extensiv bewirtschaften, das ist hauptsächlich im ökologischen Anbau die Praxis oder eine Fläche wird konventionell bewirtschaftet. Eine „intensive“ Bewirtschaftung existiert aus unserer Sicht nicht. Die Landwirte arbeiten nach der guten fachlichen Praxis. Der Boden ist ihr Kapital und die umgebende Landschaft ihr Arbeitsumfeld, welches sie zu erhalten wissen.</p> <p>Wir bitten um Korrektur der Begrifflichkeiten.</p>	<p>Dies wird entsprechend angepasst.</p>
11. Landesbetrieb Straßenwesen: Schreiben vom 10.01.2025	
<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>mit Schreiben vom 19.11.2024 wurde der Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg (LS), Regionalbereich Ost (RGB), Dienststätte Frankfurt (Oder) in die Beteiligung Träger öffentlicher Belange einbezogen.</p> <p>Aus der Sicht des Regionalbereiches Ost nehme ich wie folgt Stellung:</p> <p>1. Für die Aufstellung des B-Planes sind in Bezug auf die Bundes- bzw. Landesstraßen folgende Gesetze zu beachten:</p> <p>1.1 Gemäß § 9 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) dürfen bauliche Anlagen jeder Art außerhalb der Ortsdurchfahrten, die über Zufahrten an Bundesstraßen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen werden sollen sowie Hochbauten jeder Art außerhalb von Ortsdurchfahrten in einer Entfernung bis zu 20 m, gemessen vom äußeren Rand der für Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn, nicht errichtet werden.</p> <p>In einer Entfernung bis zu 40 m ist die Zustimmung der Straßenbaubehörde erforderlich.</p> <p>1.2 Gemäß § 24 Brandenburgisches Straßengesetz (BbgStrG) dürfen bauliche Anlagen jeder Art außerhalb der Ortsdurchfahrten, die über Zufahrten an Landesstraßen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen werden sollen sowie Hochbauten jeder Art außerhalb von Ortsdurchfahrten in einer Entfernung bis zu 20 m, gemessen vom äußeren Rand der für Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn, nicht errichtet werden.</p>	<p>Die Stellungnahme des Landesbetrieb Straßenwesen wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p> <p>Zu 1.1</p> <p>Der Geltungsbereich verläuft entlang eines unbefestigten Wirtschaftsweges und grenzt an keine Gemeinde- oder höherwertige Straße an. Die Ausführungen besitzen hier somit keine Relevanz.</p> <p>Zu 1.2</p> <p>Der Geltungsbereich verläuft entlang eines unbefestigten Wirtschaftsweges und grenzt an keine Gemeinde- oder höherwertige Straße an. Die</p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>In einer Entfernung bis zu 40 m ist die Zustimmung Straßenbaubehörde erforderlich.</p> <p>2. Die verkehrliche Erschließung hat grundsätzlich rückwärtig über vorhandene Erschließungsstraßen bzw., wenn notwendig, über jeweils eine neue Erschließungsstraße gebündelt zu erfolgen. In Bezug auf verkehrliche Erschließungen von Flächen bzw. Grundstücken sind mit dem Landesbetrieb Straßenwesen, Dienststätte Frankfurt (Oder), rechtzeitig Abstimmungen zu führen. Bei der Erschließung ist die geplante Trasse der Ortsumgehung Neuzelle –Ortsumgehung Eisenhüttenstadt zu berücksichtigen.</p> <p>3. Die derzeit geplante Erschließung berührt keine Belange des Landesbetriebes.</p> <p>4. Durch den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 13 sind auch die Belange der geplanten Ortsumgehung Neuzelle betroffen, die durch die DEGES GmbH geplant wird. Es werden nur die den B-Plan betreffenden Abschnitte aus der Stellungnahme zitiert. Eine Abstimmung mit der DEGES ist erforderlich. Folgende Stellungnahme wurde durch die DEGES übergeben:</p> <p>Beurteilung Objektplanung Verkehrsanlagen Der B-Plan hat keine Auswirkungen auf die Trasse der geplanten Ortsumgehung B112.</p> <p>Beurteilung Fachplanung Umwelt <u>Artenschutz</u> Des Weiteren plant die Gemeinde Neuzelle westlich der Trasse die Flächenausweisung für die Sondernutzung PV (Änderungsfläche 5). Diese Fläche SO PV schließt unmittelbar an den Flächennutzungsplan der Gemeinde Möbiskrüge an. Auch die Gemeinde Möbiskrüge sieht die Flächenausweisung für PV-Anlagen vor, so dass insgesamt eine große zusammenhängende SO-Fläche PV-Anlagen geplant wird. Die Fläche des B-Planes tangiert unsere CEF 17 (Anlage von Brut- und Nahrungshabitat für die Heidelerche durch die Schaffung von Trocken- und Magerbiotopen in Waldrandnähe) über eine Länge von knapp 1 km (sh. Anlage).T</p> <p><u>Landschaftspflegerische Begleitplanung</u></p>	<p>Ausführungen besitzen hier somit keine Relevanz.</p> <p>Zu 2. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es gibt keine Überschneidungen und oder Berührungen zur geplanten Ortsumgehung.</p> <p>Zu 3. Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zu 4.</p> <p>Beurteilung Fachplanung Umwelt <u>Artenschutz</u></p> <p>Der als CEF17 gekennzeichnete Bereich liegt anteilig innerhalb des Geltungsbereiches des B-Plans, auf diesem sollten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen umgesetzt werden. Der dargestellte Bereich über eine Länge von 1 km zwischen Zaun der Freiflächen-PV-Anlage (Baugrenze) und dem Waldrand wird für die Maßnahme CEF17 freigehalten.</p> <p><u>Landschaftspflegerische Begleitplanung</u></p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Die geplante Fläche des B-Planes steht auch in keinem Kontakt zu Maßnahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans.</p> <p>5. Dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 13 „Photovoltaikfreiflächenanlage Neuzelle / Möbiskrüge“ stimme ich vorbehaltlich der Beachtung meiner Forderungen und Hinweise grundsätzlich zu.</p> <p>Hinweis: der LS ist bei der weiteren Planung zu beteiligen.</p> 	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zu 5. Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Landesbetrieb Straßenwesen wird auch im weiteren Verfahren beteiligt.</p>
<p>12. Amt Neuzelle: Schreiben vom 11.02.2025</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, nach Prüfung des o.g. Bauvorhabens teile ich Ihnen mit, dass für sämtliche Flurstücke des oben genannten Bauvorhabens kein Löschwasser aus dem örtlichen Trinkwassernetz zur Verfügung steht. Da die Photovoltaik-Freiflächenanlage im Außenbereich errichtet werden soll und Löschwasserbrunnen oder Löschwasserzisternen ebenfalls nicht</p>	<p>Die Stellungnahme des Amt Neuzelle wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen und entsprechend in den Unterlagen ergänzt.</p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>vorhandenen sind, muss bzgl. des Löschwasserbedarfs, seitens des Bauherren, Rücksprache mit der Brandschutzdienststelle des Landkreises Oder-Spree gehalten werden, da die zu errichtende Anlage dem Objektschutz unterliegt.</p> <p>Die Errichtung der Photovoltaik-Freiflächenanlage und die ggf. damit verbundenen notwendigen Löschmaßnahmen überschreiten derzeit die Leistungsfähigkeit des Amtes Neuzelle. Es sind im Zuge des Genehmigungsverfahrens Maßnahmen und Festlegungen (Alarm- und Ausrückeordnung) zu treffen, die die Leistungsfähigkeit ermöglichen.</p> <p>Zu Punkt 5.2: „Bewuchs muss regelmäßig kurzgehalten werden“ und um eine Ausbreitung eines möglichen Flächen- o. Ödland-Brandes auf den Brandschutzstreifen zum Wald einzuplanen.</p> <p>Zu Punkt 5.3: „befahrbare Servicewege“ Eine Umfahrung der gesamten Anlage ist nach den entsprechenden Richtlinien für die Feuerwehr (entspr. Traglast, Breite, Begegnungsflächen u. Kurvenradien) vorzuhalten.</p> <p>„Umzäunung auf die Areale“ Seitens des Amtes Neuzelle wird eine Doppelschließung für die Zufahrtstore empfohlen, da im Amtsgebiet eine gesonderte Schließung (Löschwasser) existiert.</p> <p>Lt. Fachempfehlung der AGBF-Bund „Umgang mit PV-Anlagen“ Abs. 4 „Freiflächenanlagen“ wird, ausgenommen von direkter Angrenzung an Waldgebieten der Waldbrandgefahrenklassen A u. A1, keine zusätzliche Vorhaltung von Löschwasser empfohlen.</p> <p>Es wird angenommen, dass die Freiflächenanlage Möbiskrüge an einem Waldgebiet mit einem nahezu ausschließlichen Kiefernbestand (WBGK A) errichtet werden soll. Somit hält das Amt Neuzelle das Vorhalten von ausreichend Löschwasser, in Form von Löschwasserbrunnen bzw. Löschwasserzisternen für zwingend erforderlich. Hierbei ist auf die Lage der Löschwasserentnahmestellen und die damit verbundenen Zuwegungen, Aufstellflächen und Umfahrungen zu achten und die Ausstattung der örtlichen Rettungskräfte anzupassen. Seitens der Bauherren sind geeignete Löschwasserentnahmestellen zu errichten.</p> <p>Zu Punkt 6.2: Die nach AAO erstangreifende Ortswehr Möbiskrüge ist mit einem nichtwasserführenden Löschfahrzeug (TSF) ausgestattet. Somit ist ein Erstangriff zur Flächenbrandbekämpfung nahezu unmöglich und übersteigt die Leistungsfähigkeit der örtlichen Feuerwehr. Demnach hält das Amt Neuzelle die Errichtung zweier Tiefbrunnen, jeweils an den Zufahrten aus Richtung Möbiskrüge und Kummro, für zwingend notwendig. Die Ortswehr Möbiskrüge selbst ist zusätzlich mit einem Löschfahrzeug mit eingebauten Löschwassertank nicht unter 2.000l auszustatten. Gleichzei-</p>	<p>Die notwendigen Abstimmungen hierzu werden durch den Vorhabenträger vorgenommen.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dem wird Folge geleistet.</p> <p>Die notwendigen Servicewege für die Feuerwehr werden vorgehalten.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen und beachtet.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen und beachtet.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen. Die finale Versorgung mit Löschwasser wird durch den Vorhabenträger mit den entsprechenden Akteuren und zuständigen Behörden/Herrn Fahrentz abgestimmt und final bis zum Genehmigungsverfahren vorgelegt.</p>

Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>tig sind für die Tiefbrunnen von den Bauherren entsprechende Stromerzeuger zum Betreiben der Tiefbrunnenpumpen zur Verfügung zu stellen. Der vorgeschlagene Pendelverkehr ist einsatztaktisch erst nach Eintreffen weiterer amtsangehöriger und überörtlicher Feuerwehkräfte möglich. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	